

**Landkreis ROW
Herrn Engelhardt**

**Frau Dorsch (SPD) als Vorsitzende des Arbeitskreises
Erdgas und Erdöl**

**Kreishaus
27356 Rotenburg/Wümme**

Rotenburg, den 23.02. 2016

Antrag:

Vorgeschichte:

Warum spielt der LK ROW nun das Spiel der Gesundheits-Ministerin Rundt mit und arbeitet gegen seine eigenen Interessen und die seiner Bürger. Hat man doch im letzten Jahr eine teure Studie über die Zuständigkeiten in bei Prof. Schwemer in Auftrag gegeben und so praktisch gutachterlich bestätigt bekommen, dass die Hauptverantwortung für die Fracking-Probleme nicht beim LK ROW sondern beim Land Niedersachsen liegen. Die Ministerin Rundt (SPD) behauptet jetzt, dass der LK ROW und nicht das Land Niedersachsen für die Aufklärung der Bevölkerung zuständig sei.

Gibt es dazu neue Erkenntnisse die das Schwemer-Gutachten außer Kraft setzen? Diese sind mir nicht bekannt. Hier bitte ich dann um Erklärung für dieses widersprüchliche Verhalten.

Außerdem stellte die Ministerin fest, dass es keine Gefahrenlage gibt. Sind die 20 Menschen, die an hämatologischen Krebsraten über den statistischen Durchschnitt hinweg erkrankten kein Ausdruck einer Gefahrenlage im LK ROW, der die Menschen hier stark verunsichert und ein Gefahrenabwehr –Plan nach dem Vorsorgeprinzip und mit zwingenden Präventivmaßnahmen erforderlich machen würde. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist grundgesetzlich festgelegt und darf nicht so ohne weiteres über den Haufen geworfen werden.

212 Ärzte aus dem Kreis Rotenburg haben sich für eine sofortige Intensivierung der Gesundheitsaufklärung eingesetzt. Darauf muss die Politik nun reagieren.

So wichtig und richtig der Besuch der Ministerin war, aber nun müssen auch die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Das Auswerten der Fragebögen durch das Kreisgesundheitsamt ist ebenfalls wichtig, aber es darf nicht das Ende der Vorsorge- und Präventivmaßnahmen sein.

Nun muss eine epidemiologische Universitäts-Studie, wie sie auch von den 212 Ärzten gefordert wird durchgeführt werden, die hier wohl das abschließende Licht ins Dunkel bringen könnte. Aber auch diese wird durch das Land Niedersachsen und die Ministerin noch verweigert.

Eigentlicher Antrag: Auf der Grundlage dieser Fakten und der daraus entstandenen Situation beantrage ich, dass dieser Arbeits-Kreis einen Aufruf an die Ministerin Rundt erstellt und diese auffordert sofort eine epidemiologische Universitäts- Studie in Auftrag zu geben, damit endlich Klarheit darüber erlangt wird, woher diese unverhältnismäßig hohen hämatologischen Krebsraten in diesem Bereich der Gas-Förderanlagen herrühren.

. Dipl.-Chem. Dr. Manfred Damberg -Kreistagsabgeordneter-Die Linke-